



---

## Protokoll 22 VII/21

Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr  
am Mittwoch, 08.12.2021, 17:00 Uhr  
als Videokonferenz

Beginn: 17:00 Uhr

### I. Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Schnapke eröffnet die virtuelle Sitzung (Videokonferenz) und begrüßt alle Mitglieder und Anwesende sowie die Gäste im Stadthaus und vor den Bildschirmen.  
Alle Gäste sind mit einer Übertragung im Live-Stream einverstanden.

#### 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Einladung ist ordnungsgemäß erfolgt. Es sind **zehn** stimmberechtigte Stadtverordnete des Ausschusses Bau und Verkehr zugeschaltet bzw. anwesend.

#### 3. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

*Protokoll 21 VII/21 der Sitzung vom 10.11.2021*

Herr Schnapke führt aus, es liegen seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie von Frau Kühl Änderungs- und Ergänzungswünsche vor:

- unter TOP 6.1 Angaben zu Teilnehmern: Frau Wähling, **Menschenrechtszentrum e.V.**
- unter TOP 6.1 in Zeile 14:  
"demnächst zieht **eine Außenstelle** des Bundesarchivs ein..."
- unter TOP 6.3 in Zeile 2:  
"im Stellungsverfahren **beim EuGH**",

- unter TOP 6.3 in Zeile 7:  
"...von der LEAG zu erhalten **sowie die Wasserqualitätsdaten, da sich die Sumpfungswassermenge bereits jetzt der Obergrenze lt. PFB nähert**",
- unter TOP 6.3 in Zeile 8:  
"...ein Vertreter **der LEAG**..."
- unter TOP 7.6 in Zeile 9:  
Änderung "Frau Dr. Kühne" -> richtig ist „**Frau Kühl**“

Das Protokoll wird mit den vorliegenden Änderungen bestätigt und zu den Unterlagen genommen.

#### **4. Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung**

Auf Nachfrage von Herrn Schnapke gibt es seitens der Mitglieder keine Einwendungen zur Tagesordnung; es wird entsprechend verfahren.

#### **5. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung**

Es liegen zum Zeitpunkt der Erstellung der TO keine Anfragen für den öffentlichen Teil vor.

#### **6. Berichte und Informationen**

Herr Schnapke informiert, heute keine Informationen seitens Herr Korb zum Ostsee; über eine Sondersitzung zur Gesamthematik Ostsee sollte nochmal nachgedacht werden; die auch entsprechend vorbereitet wird mit akt. Informationen, mit Möglichkeiten der Diskussion im größeren Umfang; Betrachtung von Eventualitäten.

##### **6.1. Information über das Baustelleninformationssystem**

G II FB Ordnung und Sicherheit

Herr Gohr macht anhand einer Präsentation Ausführungen zu dem im Aufbau befindlichen Baustellenatlas (**Anlage 1**).

Er bietet die Möglichkeit, sich über aktuelle Baustellen im Stadtgebiet Cottbus/Chósebuz auf dem Geoportal der Stadt zu informieren. Das Projekt steht noch am Anfang; es sind erst einige wenige Baustellen eingepflegt.

Link <https://geoportal.cottbus.de/cottbus/cardoMap.aspx>

Vorerst beschränkt man sich bei der Aufnahme ins System auf die größten Baustellen, mit den massivsten Auswirkungen auf den Verkehr. Jede einzelne Baustelle kann angeklickt werden; es öffnen sich entsprechende Hintergrundinformationen einschl. Sperrzeiträume. Zukünftig sollen alle Baustellen automatisiert ins System eingestellt werden. Es erfolgt eine sukzessive Verbesserung des Systems, u.a. eine Optimierung der Darstellung für eine bessere Übersichtlichkeit.

Herr Käks: Es sind nicht alle Maßnahmen drin; nur die mit wesentlichen bzw. erheblichen Einschränkungen einhergehen;

dies ist sehr subjektiv betrachtet. Was ist mit Auswirkungen auf Radverkehr, Fußgängerverkehr, Schulkinder. Darüber nachdenken, ob es diplomatisch ist, diese Belange außen vor zu lassen. Was ist wesentlich oder erheblich?

Herr Gohr: Gegenwärtig nur begrenzt möglich, das Einpflegen von Daten; Schnittstelle noch nicht verfügbar; bei über 7000 Baustellen im Jahr sehr aufwendig durch die gegenwärtige händische Verfahrensweise; daher erstmal beschränkt auf den motorisierten Individualverkehr; zukünftig selbstverständlich auch hier Erweiterungen vorgesehen, die weitere relevante Aspekte berücksichtigen.

Herr Schnapke stellt fest, keine weiteren Nachfragen; Dank an Herrn Gohr für die Ausführungen.

## **7. Vorlagen der Verwaltung**

### **7.1. Evaluierungsbericht zum Entwicklungskonzept für die zwölf ländlich geprägten Ortsteile in Cottbus (OEK) IV-014/21 INF**

FB Stadtentwicklung

Frau Mohaupt stellt den Stand des Projektes anhand einer Präsentation (**Anlage 2**) vor mit einem kleinen Rückblick.

- OEK = Ortsteilentwicklungskonzept in den Jahren 2015 bis 2017 in einem umfangreichen Prozess bearbeitet worden; Verwaltung hat die Auflassung, alle 4 Jahre in den Prozess der schriftlichen Evaluierung zu gehen; bereits aktuell informiert wurde in der AG Ortsteile am 18.11.2021

- Verweis auf Zeitleiste - Juni bis Sept. 2021 unter Beteiligung der Ortsbeiräte und der betroffenen Fachbereiche Einschätzung des erreichten Umsetzungsstandes; insgesamt sind über 400 Maßnahmen aufgeteilt auf 12 Ortsteile mit Schwerpunktbereichen; Übersicht zum Umsetzungsstand im Vergleich 2019 zu 2021 dargestellt; bisher die Hälfte der Maßnahmen begonnen werden konnten; entspr. sind weitere Förder- bzw. Haushaltsmittel einzustellen; unabhängig von den damaligen Beschlussfassungen gibt es die Empfehlung der Fortschreibung schon ab 2023 für das OEK -> Finanzierung ist eingeplant -> es soll auf der Basis der bisherigen Arbeitsstände und der neuen Rahmenbedingungen alles ausführlicher bewertet werden; Hinweise der Ortsbeiräte werden einfließen; es wird einen Zuwachs an neuen Maßnahmen geben, auch wenn viele Maßnahmen begonnen werden konnten z.B. Bänke, Radwege, Skadow Mutterbodenhalde -> es wird sukzessive weiter dran gearbeitet -> Empfehlung einer weiteren Fortschreibung seitens der Verwaltung.

Frau Kühl: Wird die Fortschreibung auch so ein umfassendes Verfahren wie bei der Erarbeitung?

Frau Mohaupt: – Erarbeitung einer Aufgabenstellung im Vorfeld; Anregungen und Wünsche seitens der Stadtverordneten werden auch gern entgegengenommen.

Frau Kühl: Wird es in jedem Ortsteil eine Bürgerveranstaltung geben?

Frau Mohaupt: Das ist die Empfehlung seitens der Verwaltung; ohne dem nicht machbar.

Herr Käks: – gutes Werk der Dokumentation und zum Auseinandersetzen

Herr Schnapke bittet um Abstimmung:

**Der Antrag wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen: 9:0:0**

**7.2. Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Cottbus/Chósebuz (Sondernutzungssatzung) IV-043/21**

**7.3 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Cottbus/Chósebuz (Sondernutzungsgebührensatzung) IV-044/21**

*FB Grün- und Verkehrsflächen*

*FB Ordnung und Sicherheit*

Herr Schnapke ruft die Vorlage IV-043/21 auf.

Frau Kunze bittet, dass der *TOP 7.3. Vorlage IV-044/21* gleich mit besprochen wird, da beide Satzungen in unmittelbarem Zusammenhang zu sehen sind.

Dem Anliegen wird seitens des Ausschusses *zugestimmt*.

Frau Kunze führt zu den Ermächtigungsgrundlagen, der derzeit gültigen Satzung aus dem Jahr 2007 und dem Anwendungsbereich im Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen sowie im Fachbereich Ordnung und Sicherheit aus. Hintergrund für die Neufassungen waren diverse Feststellungen und als auch Beanstandungen seitens des Rechnungsprüfungsamtes, die auszuräumen waren. Zur Unterstützung wurde ein externes Büro gebunden. Die Sondernutzungssatzung und die zugehörige Gebührensatzung wurden getrennt bearbeitet, so könnten die Sondernutzungsgebühren im Bedarfsfall ohne Änderung der Sondernutzungssatzung angepasst werden. Im Vergleich zur bisherigen Satzung wurden neue Tarife (13 bis 15) aufgenommen; eindeutiger definiert; Tarifzonen neu aufgeteilt – von bisher 3 auf 2 Zonen reduziert – für eine vereinfachte Anwendung und Übersichtlichkeit; Erläuterungen zu den Tarifen sind als Anlage 3 zur Vorlage IV-044/21 beigefügt. Zu den Veränderungen der Sondernutzungssatzung ist auch eine Synopse beigefügt.

Herr Schnapke dankt für die Ausführungen.

Frau Schuhr hat keine weiteren Ergänzungen.

Herr Schnapke: - inwieweit ist die Handwerkskammer einbezogen worden; da die Handwerkerschaft betroffen von den Änderungen

Frau Kunze: - umfassende interne Beteiligung in der Verwaltung ist erfolgt, aber ob die Handwerkskammer einbezogen war, muss geprüft werden; war selbst an der Erarbeitung nicht im Detail involviert.

Herr Käks: Fragt nach, ob ein externes Beteiligungsverfahren grundsätzlich nicht gewollt ist oder ob es sinnvoll ist, die doch maßgeblich Beteiligten bzw. Betroffenen doch im Vorfeld zu beteiligen.

Frau Kunze: - wenn gewünscht, ist es machbar.

Es gibt keine Auslegungspflicht für diese Satzungen analog den städtebaulichen Satzungen, wie B-Pläne.

Herr Käks: - bestätigt das, befürchtet aber einen Überraschungseffekt für die Betroffenen;

Frau Kühl: - schlägt ein Arbeitsgespräch in nächster Zeit vor;

Herr Schnapke stellt fest, der Vorschlag findet bei den Mitgliedern des Ausschusses Zustimmung -> Gespräch ist durch die Fachbereiche innerhalb des nächsten halben Jahres zu führen sowie Info im Ausschuss zum Ergebnis.

Erforderliche Anpassungen sind aufgrund der Trennung der Satzungen gut möglich; hierzu ist die Gebührensatzung in 2 Jahren nochmals aufzurufen.

**Die Vorlage IV-043/21 wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen: 10/0/0**

**Die Vorlage IV-044/21 wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen: 10/0/0**

#### **7.4. Rahmenplan Seevorstadt (Stand September 2021)**

IV-070/21

##### *2. Lesung*

FB Stadtentwicklung

Herr Schnapke führt aus, ein Austauschblatt liegt vor bezogen auf die Diskussion aus der letzten Ausschusssitzung.

Nach Rücksprache mit Herrn Hauk kommt die Vorlage nicht auf die Tagesordnung vom Hauptausschuss bzw. der Stadtverordnetenversammlung (StVV) im Dezember -> ein Neuaufruf erst im nächsten Jahr vorgesehen.

Diskussion im Ausschuss gab es; daraus resultieren auch die Veränderungen in der Beschlussvorlage. Auf die Nachfrage, ob es heute und hier nochmals diskutiert werden soll oder später mit Neuaufruf bzw. gibt es folgende Wortmeldungen:

Herr Kurth: - keine Vorwegentscheidung soll getroffen werden;

Herr Kettlitz: - keine Eile mit der Vorlage; Vorschlag im Januar bzw. Februar ja, aber heute keine Diskussion; es muss vor der StVV dann sowieso noch vorher im Ausschuss Bau und Verkehr diskutiert werden.

Herr Nitschke: - ist richtig, Vorlage ist nicht auf der Tagesordnung der StVV im Dezember; dennoch dafür, Frau Mohaupt ein paar grundsätzliche Dinge zur Vorlage erläutern zu lassen

Herr Käks: - Fraktion im Dezember sich damit intensiv nicht mehr beschäftigt; Neuaufruf im Januar in der Fraktionssitzung - wenn nichts anderes in der Zwischenzeit passiert -

Herr Schnapke stellt fest, die Ausschusmitglieder sind für eine Behandlung im neuen Jahr; weitergehende Informationen durch Frau Mohaupt sind an dieser Stelle nicht erforderlich.

### 7.5. „Masterplan Cottbuser Ostsee“ – 3. Fortschreibung

IV-071/21

#### *FB Stadtentwicklung*

Frau Mohaupt stellt die Vorlage anhand einer Präsentation (**Anlage 3**) vor.

- der 1. Masterplan 2006 erschienen, zwischenzeitlich 2 Fortschreibungen erfolgt; Erfordernis einer weiteren Fortschreibung wurde gesehen; diese wird durch die Mitarbeiter des FB Stadtentwicklung selbst übernommen;
  - Anlass für die 3. Fortschreibung waren die Fortschritte der Teilprojekte sowie die Neuausrichtung insgesamt auf die Herausforderungen des Strukturwandels; neue Teilprojekte und Themenfelder sind dazugekommen; z.B. FloatingPV; Entwicklung Zwischenraum zwischen Stadt und Ostsee -> der Seevorstadt; die neue Projektstände sind eingeflossen; grafische Erweiterung -> die Grenzen neu definiert -> Innenstadt und angrenzenden Bereich mit eingeblendet; mit diesem Stand soll in die Beschlussfassung gegangen werden.
  - die Anrainergemeinden sind mit eingebunden worden; diese fassen auch eigene Beschlüsse dazu; wie bisher auch;
  - die Ortsbeiräte waren ebenfalls beteiligt; Ende Oktober fand eine gemeinsame Sitzung mit OBR und Anrainergemeinden statt; schriftliche Hinweise aus den Anrainern sind größtenteils berücksichtigt worden;
  - wesentliche Arbeiten sind der technische Neuaufbau in Richtung Digitalisierung; neue Darstellung mit grafischen Überarbeitungen; Zahl der Teilprojekte hat sich erweitert; die sorbisch-wendischen Übersetzungen der Ortsgebiete und Ortsteile sind eingepflegt worden; 3. Fortschreibung wird in englisch als auch polnisch erscheinen;
  - in eine 4. Fortschreibung wird die Verwaltung voraussichtlich in 2026 gehen;
- Herr Schnapke: Fortschreibung war wichtig; ein gutes Gesamtwerk; Fortschreibung wirklich erst in 2026, wo die Zeit gerade sehr schnelllebig ist?

Herr Kettlitz: Ein Danke für die Fortschreibung; es wird um Bereitstellung der umfangreichen Unterlagen als Datei gebeten, um sich vor der endgültigen Abstimmung ein detailliertes Bild zu machen, Veränderungen wären ersichtlich und nachvollziehbar.

Herr Käks würde dies auch begrüßen.

Herr Dr. Kühne: Wäre gut, so dass man innerhalb des Masterplans mal sehen könnte, wie die Teilvorhaben in der zeitlichen Entwicklung abgestimmt sind; Gesamtunterlage zum Anschauen wäre gut; u.a. auch weil Zielwasserstand evtl. erst viel später erreicht wird, dann müsste man mit dem Blick auf die Fortschreibung schauen, ob es Probleme mit sich bringt bzw. wie das berücksichtigt wird.

Ein weiterer Punkt - es wäre ganz gut die Hierarchie der verschiedenen Planungsgrundlagen; Rahmenplan, Buga-Konzept Masterplan, räumliches Leitbild nochmal in einem Sonderausschuss darzustellen.

Herr Kettlitz: Wenn die Verwaltung zusagen kann, dass die entsprechende Datei morgen zur Verfügung gestellt werden kann, so dass man sich nochmal einlesen kann, dann heute Abstimmung.

Frau Mohaupt: Die technischen Möglichkeiten Session oder MoveIT werden genutzt, um Zugänge zu gewähren.

Herr Schnapke ruft die Vorlage – unter der Maßgabe, dass die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden - zur Abstimmung auf:

**Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen: 9:0:1**

**7.6. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. N/38/125 "Stadtfeld" IV-080/21  
sowie Änderung des Flächennutzungsplanes**

FB Stadtentwicklung

Frau Mohaupt stellt die Vorlage anhand einer Präsentation vor (**Anlage 4**).

- Potenzialfläche von ca. 22 ha, prädestiniert für Wohnungsbau, als Zwischenstück als Übergang zum Forschungsbereich der BTU und nördl. angrenzenden Bereich der Vogelsiedlung – fast in der Innenstadt - um es entwickeln zu können -> Empfehlung zur Beschlussfassung für einen Aufstellungsbeschluss

- auch Voraussetzung für mögliche in Aussicht gestellte Finanzierungen aus Kfw-Programm sowie einer Co-Finanzierung aus Städtebaumitteln

Herr Kettlitz: - Gebiet sehr groß; viele unterschiedliche Eigentumsverhältnisse von Land, Privat und Stadt -> wie ist das Prozedere oder Plan um hier agieren zu können?

Frau Mohaupt: - große Anteile sind im Eigentum der Kommune, vor allem Flächen der gärtnerischen Nutzung, Garagen als auch der westliche Bereich bis Kreisel; in Bezug auf die Landes- und

Bundesliegenschaften wird es notwendig werden, begleitende Instrumente anzuwenden, wie das Umlegungsverfahren; Verwaltung setzt aber vorerst auf eine freiwillige Neuordnung der Grundstücksstrukturen, aber dafür B-Planverfahren erforderlich, um die weiteren Vorbereitungen treffen zu können; mit der BIMA und den Verwaltungen der Landesgrundstücke besteht Kontakt bzw. sind schon beteiligt im Prozess.

Herr Schnapke: In diesem Zusammenhang eine Frage zu einem anderen Verfahren -> TIP - es gibt angrenzend ein anderes noch nicht abgeschlossener B-Planverfahren; Werden wir in der Gesamtbetrachtung der Bereiche um die Universität herum auch dieses TIP- Verfahren mit zum Abschluss bringen?

Frau Mohaupt: Es sind eigenständige Verfahren; TIP als auch TIP-Nord; in der interfraktionellen AG war bereits die Neuausrichtung der Flächen in der Diskussion, in 2022 wird es nochmal Aussagen des Landes geben; dann soll auch in das Verfahren gegangen werden; inzwischen Zusage erhalten, dass Strukturstärkungsmittel eingesetzt werden können; Förderantrag läuft dafür; auch die Ausschreibung für die Weiterbearbeitung des B-Planes TIP ist laufend; der Zuschlag ist erteilt; in 2022 wird in die weiteren Verfahrensschritte gegangen -> Verfahrensabschluss 2022 geplant

Herr Schnapke dankt und es wird um Abstimmung gebeten.

**Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen: 10:0:0**

**7.7. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. N/28/124 "Feuer- und Rettungswache II" IV-082/21**

FB Stadtentwicklung

Frau Mohaupt stellt die Vorlage vor (**Anlage 5**).

- Plangebiet im nördlichen Bereich Schmallwitz - Zimmerstr./E.-Haase-Straße; Struktur des Standortes ist bekannt;
- auf Machbarkeitsstudie des FB 23 mit FB Feuerwehr wird verwiesen; dazu gab es auch schon Ausführungen durch den FB Feuerwehr; Inhalt ist hier die Empfehlung, den Standort nicht nur zu sichern sondern auch zu erweitern; in der Machbarkeitsstudie sind Varianten untersucht worden -> Ergebnis: Die Sicherung des Standortes E.-Haase-Str. mit der Feuerwache II ist als alternativlos beschrieben worden;
- auch unter Beachtung der städtebaulichen Perspektiven im Rahmen Strukturwandel gibt es die dringende Empfehlung ins B-Planverfahren zu gehen, um auch diese Flächen zu sichern; um den Betrieb auch zukünftig hier vor Ort haben zu können;

- interne Abstimmungen FB 23 und FB Feuerwehr gab es; der private Eigentümer wurde einbezogen/wurde angehört; Bürgerverein hat zugestimmt zum Verfahren

Herr Schnapke: Areal bzw. Standort wurde schon ausführlich im Ausschuss präsentiert;

Frau Kühl: - glücklich über Aktivitäten; verkehrliche Gestaltung der Anbindung bedarf einer intensiven Betrachtung; keine günstige Lage; Regelungen erforderlich auch im B-Planverfahren für optimale Bedingungen

- begrüßt die anstehenden Verbesserungen für die Kameraden

Herr Käks: - Standort vor Ort schon angesehen vor mehreren Jahren; Thematik Verkehrsanbindung wurde damals schon kritisch gesehen; die Baumaßnahmen, die jetzt angedacht und umzusetzen sind -> hat das Verfahren darauf Einfluss oder laufen diese unabhängig davon weiter?

Frau Mohaupt: - es sind 2 Dinge die formell unabhängig voneinander laufen -> B-Plan und die Machbarkeitsstudie, welche vorliegt; dazu gehören dann auch die Sicherung der Finanzierung; für Planung und Umsetzung der eigentlichen Baumaßnahmen, die auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie umgesetzt werden sollen, wie auch der Grunderwerb bzw. Arrondierung; die Verkehrsführung ist auch Thema in der Machbarkeitsstudie -> dringender Handlungsbedarf wird gesehen;

- das hier ist das Instrument, um die Entwicklungen, die in der Machbarkeitsstudie als Zielstellung gesetzt wurden, umzusetzen

Herr Specht: - es handelt sich um den ersten Schritt für den Erweiterungsbau der Wache II; in der Studie ist beschrieben, dass Teile der Wache aufgegeben werden könnten, Umbau Feuerwache II dringend erforderlich, besonders im Hinblick auf die Projekte Strukturwandel (Ostsee, BTU, TIP, DB AG) wird der Umbau gebraucht; Finanzierung muss noch gesichert werden, u.a. auch um Fördermittel vom MIK;

- Handlungsbedarf besteht -> in Bezug auf die Arbeits- und Lebensbedingungen und Sicherung des strategischen Standorts in der Innenstadt;

Herr Käks: - Verfahren – Notwendigkeit wird gesehen; es steht noch die Frage im Raum -> vor Jahren zu Maßnahmen am Standort E.-Haase-Straße verständigt -> Verbesserung Arbeitsbedingungen -> kein großer Fortschritt -> Hat das, was jetzt geplant wird, Einfluss auf die Zustandsverbesserungsmaßnahmen oder laufen diese unabhängig von dem hier angestrebten Verfahren?

Herr Specht: - Umbau der Ruheräume, die Sanierung der Duschen für die Damen -> das läuft weiter, schleppend, auch aufgrund der Situation Fachfirmen zu bekommen bzw. der Blick auf die Baukosten; Reparatur der Einfahrten von hinten geplant; für den Anbau der Wache II gibt es noch keinen verbindlichen

Zeitplan; ein Mindestmaß an Maßnahmen soll umgesetzt werden zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen -> die Dinge laufen parallel zu diesem Verfahren hier weiter.

Herr Käks: - Umsetzung zu stockend

Herr Kettlitz: - Problematik Denkmalschutz der Wache und größer werdende Fahrzeuge; Torvergrößerung nicht möglich -> Standort der Richtige für die Zukunft?

Herr Specht: -> Generalsanierung der Wache war geplant -> Kostenschätzung lag bei 800 T€ -> aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt -> Gebäude der Feuerwache II für Großfahrzeuge nicht mehr nutzbar; Planung abgebrochen; für Kleinmaßnahmen entschlossen mit dem Beginn der Machbarkeitsstudie;  
- Anbau an die Feuerwache II erfolgt -> Bau neue Fahrzeughalle für Großfahrzeuge (Standort lt. Präsentation)  
- alter Teil der Feuerwache II mit den kleinen Ausfahrten  
-> Nutzung als Schwarz-Weiß-Bereich für Kleinfahrzeuge, Desinfektionssachen etc. -> Verbindung alte Wache mit neuem Anbau -> ist ein durchdachtes Konzept, wo es sich lohnt zu investieren

Herr Schnapke: Frage, ob dieser Standort langfristig strategisch auch unter Berücksichtigung der Neuansiedlungen geeignet oder evtl. doch andere Flächen ins Kalkül zu ziehen sind wegen bessere Bedingungen der verkehrlichen Anbindung und keine Einschränkungen des Denkmalschutzes?

Herr Specht: - der Standort ist ausreichend; Prinzip der 2-Wachen-Strategie -> auf jeder Wache steht eine Staffel -> die gesetzlich geforderte Hilfsfrist wird erfüllt; mit einem anderem Standort, egal wo, ergeben sich neue Bereiche, wo die Hilfsfrist nicht erreicht wird -> Standort Stadtring wurde geprüft -> Probleme mit Ströbitz; Ansiedlung Bereich Gelände TIP -> Probleme im Süden durch die starke Nord-Süd-Ausdehnung  
-> Ergebnis die 2-Wachen-Strategie passt besser;  
-> Standort Stadtmitte wichtig für Erreichbarkeit Rettungsdienst;

Herr Käks: - Thematik der interimsmäßigen Verbesserung der Bedingungen für das Personal -> Sind in den letzten Jahren Verbesserungen geschaffen für die Männer und Frauen, die dort ihren Dienst versehen?

Herr Specht: - Ruheräume wurden umgebaut; Sanitäreanlage für die Damen wird im Januar 2022 angegangen; damit sind die grundlegenden Probleme für die Mitarbeiter erledigt.

Herr Schnapke: - Blick zurück auf das B-Planverfahren, es geht um die Sicherung von Flächen für die zukünftigen Entwicklungen des Standortes

Herr Scharmacher: - wichtig, die berufsgenossenschaftlichen Forderungen wurden erfüllt; das andere ist eine Frage der Kosten, Empfehlung mit Blick auf Haushalt -> am untersten Rand des Notwendigen orientieren

Herr Schnapke bittet um Abstimmung.

**Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen: 9:0:0**

Herr Schnapke dankt Herrn Specht und Frau Mohaupt für die ausführlichen Erläuterungen.

## **8. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **8.1. Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes für die Innenstadt** AT-39/21

Herr Schnapke: - durch Fr. Tzschoppe bereits informiert, die Verwaltung arbeitet daran; Nachfrage, ist er technisch umsetzbar?

Frau Mohaupt: - Bezug auf die vorliegende Pressemitteilung; **(Anlage 6)** erfolgreiche Bewerbung der Stadt Cottbus/Chóšebuz beim Innenstadtwettbewerb; Aufruf kam bereits im Juli und bis September mussten bereits grobe Projektskizzen mit eingereicht werden; im Zusammenschluss mit den Akteuren der AG Innenstadt wurde ein Wettbewerbsbeitrag abgegeben; Ende November kam die Info, die Stadt Cottbus/Chóšebuz wurde bei der Auswahl berücksichtigt; vorauss. Förderung in Höhe von 2,5 Mio. Euro (Fördersatz 90 Prozent); es sind die Projektansätze weiter zu entwickeln und zu konkretisieren; dies soll unter Einbeziehung der AG Innenstadt als auch den Stadtverordneten erfolgen; bei förmlicher Einreichung des Projektantrages als Stadt wird ein Beschluss der StVV erforderlich sein; guter Zwischenstand liegt vor; Fördermittel in Aussicht, für viele Belange, die in der Innenstadt anstehen.

Herr Schnapke: Inwieweit ist ein integrierte Handlungskonzept durch die Verwaltung machbar, wo die einzelnen Konzepte wie z.B. das Mobilitätskonzept, Einzelhandelskonzept u.a. integriert sind, um ein Grundsatzpapier als Handlungskonzept für die Innenstadt zu haben?

Frau Mohaupt: - lt. Förderantrag können investive als auch nicht investive Maßnahmen aufgenommen werden; damit z.B. auch Aufbau Citymanagement, konzeptionelle Arbeiten als auch Leitbilderarbeiten möglich; Förderzeitraum = 4 Jahre (2022 bis 2025); Empfehlung wäre auch, einzelne Projekte z.B. die nächsten Stufen aus dem Mobilitätskonzept aber auch Bänke, Kunst in der Innenstadt ... diese Dinge mit zu berücksichtigen.

Herr Koritkowski: - Ergänzung der Ausführung von Fr. Mohaupt - seit 2 Jahren wird das Mobilitätskonzept unter Einbeziehung Bürger in der Stadt konzipiert; mögliche erste Maßnahmen in einer 1. Umsetzungsstufe diskutiert und mit Unternehmen der Altstadt und IHK abgestimmt; zwischenzeitlich ist auch die öffentliche Umfrage erfolgt mit positiven Ergebnissen und einer großen Zustimmung zu den Maßnahmen, jetzt in Erörterung mit

GWC-Umfrageergebnissen; Es wäre nach außen hin sehr schwierig darzustellen, wenn die bisher mit den Akteuren abgestimmten Maßnahmen der 1. Stufe nicht zeitnah in den Ausschüssen diskutiert werden und zeitlich verschoben in ein integriertes Konzept eingearbeitet werden sollen; erste Maßnahmen wurden mit der Unternehmerschaft und der IHK besprochen; von den Unternehmen werden Aktivitäten in 2022 erwartet;

- die 2. und 3. Stufe in des Mobilitätskonzeptes einzubinden wäre sinnvoll -> da stehen Maßnahmen an, die die städtebauliche Entwicklung der Innenstadt betreffen,

- Maßnahmen 1. Stufe – Vorschlag nochmals Vorstellung im Ausschuss und Diskussion; sollten unabhängig vom Antrag für ein Integriertes Handlungskonzept behandelt und beschlossen werden.

Herr Richter: Nachfrage, ob dem so ist -> Der Antrag in der vorliegenden Form ist gegenwärtig nicht notwendig, da bereits in diese Richtung gearbeitet wird?

Frau Kühn: Aus der Erfahrung heraus, diese Integrierten Entwicklungskonzepte sind Rahmenkonzepte, die eine Vielfalt des Lebens der Bereiche in diesem Gebiet abbilden; aber es wird immer erforderlich sein, weitere differenzierte Planungen vorzunehmen, die in einem Integrierten Entwicklungskonzept erarbeiteten Maßnahmen umsetzen zu können -> Ist das so?

Frau Mohaupt: - alles richtig; zum Verständnis können noch Unterlagen als Anlage zum Protokoll gereicht werden; Verweis auf zusammengefasste Punkte, die Antragsgegenstand waren – Seite 6 - .. *derzeitige Situation analysieren, zukünftige Handlungsfelder* ... es steht nicht integriert mit drin, aber es hat sich parallel überschritten, mit dem was hier Antragsansinnen war und was aber als Antrag aus der Fraktion heraus formuliert wurde;

Herr Kurth: - dankt für die Klarstellung; durch die Überlegung, dass wir mit all den Facetten der Betrachtung der Innenstadt angearbeitete Themen nicht durch den Antrag jetzt nach hinten geschoben werden; Betrachtung im Gesamtkontext; vor dem Hintergrund der anvisierten Förderung wäre zu überlegen, welche Bereiche sollen angegangen werden; der Antrag soll geschärft werden, z.B. dass die 1. Stufe des Mobilitätskonzeptes in ihrer Umsetzung nicht gehemmt wird;

Herr Schnapke: - Anliegen des Antrags ist nicht, die Maßnahmen des Mobilitätskonzeptes nach hinten zu schieben;  
- im Integrierten Handlungskonzept sollen, wie in anderen großen Städten schon praktiziert, verschiedene Dinge miteinander parallel betrachtet werden, wie Wohnen, Einzelhandel, Mobilität, Handel und nicht einzeln herausgelöst, wie gegenwärtig das Mobilitätskonzept, wo sich in dem Zusammenhang die Frage in die Runde ergibt, ob den Mitgliedern

bereits die Ergebnisse bzw. die stufenweisen Dinge bekannt sind, welche aus dem Mobilitätskonzept umgesetzt werden sollen; die abgestimmt sind mit den Händlern -> was mehrheitlich verneint wird -> soll in einer der nächsten Ausschüsse vorgestellt werden.

Herr Kurth: - Erarbeitung Integriertes Gesamtkonzept ja; aber nicht zu Lasten der Dinge, die bereits auf den Weg gebracht wurden;

Frau Küh!: Hinweis; Erarbeitung eines Konzepts sehr zeitintensiv; dauert über Jahre; bis 2025 geht die Finanzierung; bereits in Aussicht gestellt; es wird zwischenzeitlich weitere Entwicklungen geben, die zwar in den Inhalten des Integrierten Handlungskonzepts mit integriert werden, aber schon in der nächsten Zeit oder Jahren umzusetzen sind; eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Konzept ist demnach anzustreben

Herr Kettlitz: Angebote statt Verbote – Lösung Angebote aus dem Mobilitätskonzept früher schaffen; Stadt attraktiver machen; Möglichkeit ist finanziell gegeben; bisher kaum konkrete Angebotsverbesserungen kommuniziert oder baulich geschaffen und auch in den Papieren bisher nicht sichtbar, auch nicht als Zeitplan; nur Testphase autofreie Innenstadt bisher durchgeführt(Anm.: Die Testphase galt nur der Herausnahme des Durchgangsverkehrs am Altmarkt), diese war sehr kurz; Chance, durch den finanziellen Rahmen Angebote in der Innenstadt zu schaffen, die eine autofreie Innenstadt fördert

Herr Dr. Kühne: - > Antrag ist nachzubessern auch unter Berücksichtigung der von Fr. Mohaupt erläuterten Wettbewerbsinhalte -> keine Unterstützung des Antrages in der vorliegenden Form

Herr Käks: - Anliegen ist nicht etwas zu verzögern; fehlende Verknüpfungen zwischen den Einzelbelangen -> führt zu Einzelentscheidungen; -> Gesamtbetrachtung aller betreffenden Belange erforderlich -> dies bisher nicht erkennbar -> bisher nur Einzelkonzepte verfasst -> für zukünftige Entwicklungen aber unabdingbar.

Herr Schnapke – Hinweise werden mitgenommen; aber mit Blick auf einen Bestandteil des Mobilitätskonzeptes -> Sperrung des Altmarktes für den Durchgangsverkehr -> bisher keine Antwort zu den Auswertungen bzw. zum Nutzen -> intensive Nachfragen im Ausschuss ergaben bis heute keine Vorstellung der Ergebnisse - Thema ruhender Verkehr in der Diskussion; - soll reduziert werden; aber wie soll es funktionieren -> Tiefgarage Spreegalerie 1 Parkdeck wird für 2 Jahre gesperrt -> wie soll das kompensiert werden; -> Aufnahmekapazitäten GWC erschöpft; bisher keine Erläuterungen im Ausschuss dazu; - es soll eine stufenweise Umsetzung des Mobilitätskonzept geben -> im Ausschuss diese nicht bekannt -> Abstimmungen mit den Händlern erfolgt -> Ergebnisse nicht vorgestellt bisher; Antrag soll nicht verzögern;

Herr Koritkowski: - mit Sperrung Durchgangsverkehr gab es deutliche Beruhigung des Bereiches und eine Aufwertung;  
- zu den anderen Maßnahmen -> Umgang mit den Stellplätzen  
-> Erläuterungen dazu im Konzept enthalten u.a. wo ist ein Aufwuchs bzw. eine Umwandlung möglich; -> Kompensation Stellflächen Spreegalerie -> an Lösung wird u.a. mit GWC gearbeitet;

Herr Kurth: - Diskussion zum Mobilitätskonzept an dieser Stelle nicht förderlich; Antrag sollte im Text geschärft werden, um mögliche Hemmnisse auszuschließen.

Herr Käks: - Kritik besteht -> auf konkrete Fragen bisher keine Antworten erhalten;  
- Antrag wird nachgearbeitet; intensive Auseinandersetzung mit der Thematik Mobilitätskonzept sollte nochmals erfolgen im Ausschuss; Darstellung der Verknüpfungen und deren Untersetzungen zeitnah.

Herr Schnapke: Antrag wird in der Fraktion nochmal besprochen; es erfolgt keine Abstimmung dazu.

Bitte an Herrn Koritkowski, Vorlage der konkreten Dinge, die da sind, abgestimmt sind und Info auch zu den aufgeworfenen Fragen.

**Der Antrag wird zurückgestellt; keine Abstimmung.**

## **8.2. Errichtung Radweg zum Cottbuser Ostsee**

AT-43/21

Herr Schnapke: Feststellung, es sind schon mehrere Sachen aufgelegt u.a. Umfahrung Cottbuser Ostsee -> Was ist Anliegen dieses Antrags?

Herr Kettlitz: - Rundweg nur Erschließung des Ostsees; sehr autark – Verbindung zum Ostsee fehlt bzw. er wird nicht gefunden; in der Innenstadt gute Radwege vorhanden auch entlang der Spree; aber Verknüpfung entlang des Wassers zum Ostsee fehlt; der Prozess zum Aufbau der endgültigen Infrastruktur liegt noch in zeitlicher Ferne als auch die geplante Seedorstadt; die nächsten 5 – 10 Jahre kaum Veränderungen; vor dem Hintergrund der Erlebbarkeit -> nicht nur neue Radwege bauen sondern Prüfung, wie könnte eine Lückenschließung aussehen unter Einbeziehung Hammergraben – Nutzung des Naturraumes;

Herr Schnapke: - Unterstützung als CDU-Fraktion zum Antrag in Aussicht gestellt

Herr Scharmacher: - Aussage bzgl. „gute Radwege in Cottbus“ ist relativ zu betrachten; für touristische Radwege zutreffend; Alltagsradwege teils schlecht; mehr den Fokus auf diese richten - Befürwortung des konzeptionellen Ansatzes Radwege nachhaltig zu bauen, auf Versiegelungen zu verzichten

Frau Küh!: Nachfrage – zu Vorlage TOP 7.4 - Rahmenplan Seedorstadt – Verweis Anlage 3 -> viele Radwege als Maßnahmen

enthalten zusätzlich zu den bereits lfd. Planungen in der Verwaltung zu Radwegen -> Wo reden wir über Lückenschließungen? -> in der Vorlage Seevorstadt Radwegeplanungen vorgesehen von Innenstadt – Seeachse – Merzdorf ... -> Prüfung im Zusammenhang mit dem Antrag zu evtl. schon laufenden Planungen in der Verwaltung auch zu Lückenschließungen -> Vermeidung von Doppelarbeit

Herr Kettlitz: - Handlungsbedarf bezogen auf Gesamtradwegenetz der Stadt besteht; Ostsee ist Großprojekt und im öffentlichen Fokus -> gute und sichere Erreichbarkeit z.B. durch eine gute Ausschilderung; Instandsetzung vorhandener Wege; daher Prüfauftrag im Abgleich mit den vorhandenen Konzepten und Planungen

Herr Schnapke: - eingehend auf Vorschlag von Frau Kühl -> Gesamtbild Radfahrnetz Innenstadt und Umgebung unter Einbeziehung Cottbuser Ostsee sollte im Ausschuss vorgestellt werden einschließlich der lfd. und zukünftigen Planungen.

Herr Kettlitz: Verweis auf Antragsinhalt „Die Ergebnisse sollten in das in Erarbeitung befindliche Radverkehrskonzept für die Gesamtstadt integriert werden.“

Herr Koritkowski: - Integration in das Radverkehrskonzept wird erfolgen; Aufgabe des Radverkehrskonzepts ist sich genau mit diesen Themen zu beschäftigen u.a. Lückenschließungen; Anbindung Ostsee; Qualifizierung Alltagsradwege -> Aufstellung Konzept mit Maßnahmen, zeitlichen Details, Prioritäten, finanziellen Rahmen -> Arbeitsgrundlage für die Verwaltung mit dem Ziel -> Verbesserung des Radwegenetzes; - Anfragen aus den letzten Jahren werden auch berücksichtigt; Radverkehrskonzept mit den Ergebnissen liegt voraussichtlich Ende des Jahres 2022 vor

Herr Schnapke -> Empfehlung Aufnahme in das Radverkehrskonzept

**Der Antrag wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen: 9:0:0**

**8.3. Denkmalschutzgerechte Aufwertung des Japanischen Pavillons (Teehäuschen) AT-46/21**

*Herr Schnapke ruft den Antrag auf:*

Herr Richter: - Bäume nicht beseitigen; - Empfehlung -> um die Mauer herum Wildwuchs verschneiden, freier Blick auf den Pavillon; Mauer säubern; Im Weiteren nicht zustimmungsfähig der Antrag.

Herr Kurth: -> Teehäuschen soll wieder sichtbar sein; ein Anliegen der Anwohner; vor einiger Zeit Brandanschlag gewesen; Anfrage gab es zu den Unternehmungen der Stadt das Teehäuschen

sicherer zu machen; ein freier Blick kann helfen; sieht hier die Fachleute in der Pflicht;

Herr Steinberg: - Wesentliches Anliegen ist Säuberung der Umgebung; Freischnitt des Teehäuschens -> Gewährleistung des öffentlichen Blicks auf das Objekt

Herr Kettlitz: -> Zustimmung zu Maßnahmen aber Ablehnung des Antrags aufgrund der Formulierung „Rodung“

Herr Steinberg: Antrag wird zur Überarbeitung mitgenommen.

**Keine Abstimmung zum Antrag.**

## 9. Sonstiges

### **Thema Fischaufstiegsanlage am Kleinen Spreeweher**

Herr Richter informiert -> Anke Schwarzenberg Landtagsabgeordnete in Potsdam Anfrage zum Stand gestellt -> die Antwort ist abrufbar in Potsdam oder über Herrn Richter zu erhalten

Herr Schnapke: - war ein intensives Thema im Ausschuss; gravierende Eingriffe im Frühlinggarten; Forderungen der Stadt gab es

Herr Richter: -> wird es im Umweltausschuss thematisieren; Vorstellung der Ergebnisse in Bezug auf die Anlage Großes Spreeweher;

Herr Schnapke: -> Thematisierung auch in diesem Ausschuss

### **Spielplätze in der Stadt Cottbus**

Herr Kurth: - Situation in der Stadt -> Spielgeräte werden abgebaut -> keine bzw. schlechte Informationen, ob und wann ein Ersatz gestellt wird; oft auch kein Ersatz, ca. 75 Spielplätze gibt es; Finanzausstattung der Stadt ist knapp; Spielplatzkonzeption soll es geben; Prüfung Erhalt von Spielgeräten; Interesse an der Thematik bei Ortsbeiräten und Cottbuser Bürgern besteht;

Bitte wäre das Thema für den Ausschuss vorbereiten zu lassen auch die finanziellen Aspekte dazu. Vorstellung in einer der nächsten Ausschüsse durch die Verwaltung.

Herr Schnapke: - dem wird entsprochen; ist ein präsent Thema auch aufgrund der erst beschlossenen Spielplatzsatzungen

### **Ausschusssitzung Januar 2022 / Haushalt**

Herr Schnapke: - Haushalt der Stadt ist in diesem Jahr spät in der Erarbeitung; Vorstellung der Haushalte durch die Fachbereiche in der Sitzung im Januar 2022 -> bitte um entsprechende Vorbereitung.

- Ausfall des Neujahrsempfangs des OB am 12.01.2022; Verlegung der Ausschusssitzung wieder auf den 12.01.2022 -> Antragstellung im Hauptausschuss vorgesehen
- > Die Ausschussmitglieder stimmen dem geplanten Antrag zu.

**Ende – öffentlicher Teil: 19:03 Uhr**

*Cottbus/Chósebuz 01.02.2022*

*Jörg Schnapke*

*Vorsitzender des Ausschusses Bau und Verkehr*